Bielefelder Volks-Zeitung

Beilagen: „Unterhaltungsblatt“ und „Praktischer Ratgeber“.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis: 1 M. 25 Pfg., durch den Postboten ins Haus gebracht 1 M. 67 Pfg. vierteljährlich, mit „Illustriertes Sonntagsblatt“ 35 Pfg. mehr. **Anzeigen** kosten 15 Pfg. die Petitzeile oder deren Raum, **Reklamen** a Zeile 50 Pfg.

Nr. 79. Fernsprecher in Bielefeld: Nr. 345. „ „ Beckum: „ 12. Donnerstag, den 6. April Fernsprecher in Oelde: Nr. 11. 1905.

Bestellungen

auf diese Zeitung für das 2. Quartal (April, Mai, Juni) werden von allen Postanstalten, Landbriefträgern, unseren Agenten und Boten, sowie von der Expedition zu dem am Kopfe des Blattes vermerkten Preise entgegengenommen und die bereits erschienenen Nummern nachgeliefert.

)=(Die Bergarbeiternovelle

ist von der Kommission des Abgeordnetenhauses bereits in erster Lesung durchberaten worden. Auch die zweite Lesung soll noch vor Ostern stattfinden, damit die Tagung zwischen Ostern und Pfingsten beendet werden kann. Leider sind die Ergebnisse der Kommissionsberatung nicht durchweg erfreulich. Die Verbesserungsvorschläge des Zentrums wurden meist abgelehnt; nur in verhältnismäßig untergeordneten Punkten fanden sie vereinzelt eine Mehrheit. Das ließe sich am Ende noch ertragen, wenn wenigstens der Regierungsentwurf in der Hauptsache unverändert geblieben wäre. Aber die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, die in der Regel gegen Zentrum und Freisinnige zusammenhalten, haben wesentliche Verschlechterungen daran vorgenommen.

Besonders bedauerlich ist die mit Stimmengleichheit erfolgte Verwerfung der obligatorischen Arbeiterausschüsse. Die Vorlage sagt bekanntlich, daß auf allen Bergwerken mit mindestens 100 Arbeitern ein ständiger Arbeiterausschuß errichtet werden muß. Gerade auf die Arbeiterausschüsse legen die Bergleute, ob christlich oder sozialdemokratisch, viel Wert. Ist die Einführung freigestellt, so wird natürlich auf den meisten Bergwerken keiner eingerichtet werden. Dafür werden die Zechenbesitzer schon sorgen. Arbeiterausschüsse, die fakultativ sind, können auch unmöglich die praktische Bedeutung erlangen wie obligatorische. Daß nach einem Antrage der Konservativen den Arbeiterausschüssen eine politische Betätigung untersagt sein soll, kann man billigen, da sie sonst manchmal zu sozialdemokratischen Agitationskomitees werden könnten. Daß man aber auch den einzelnen Mitgliedern „unbeschadet ihres politischen Wahlrechts“ die politische Betätigung untersagen will, geht unseres Erachtens zu weit. Daß den Ausschüssen die Aufgabe überwiesen wurde, „Verdrängung von Arbeitswilligen“ zu verhindern, dürfte wenig nach dem Wunsche der Arbeiter sein.

Die Konservativen wollten auch noch das geheime Wahlrecht für die Ausschußwahlen abschaffen und für das aktive Wahlrecht eine Arbeitszeit auf dem Bergwerke von drei, für das passive Wahlrecht von fünf Jahren vorschreiben. Das gelang zwar nicht, doch wurde eine Arbeitszeit von einem und drei Jahren beschlossen, während die Vorlage nur für das passive Wahlrecht eine einjährige Arbeitszeit verlangt. Die Beseitigung der Bestimmung, daß die Kenntnis der deutschen Sprache Bedingung für das aktive Wahlrecht sein soll, gelang dem Zentrum nicht; es wurde nur verhindert, daß diese Bedingung auch für das aktive Wahlrecht eingeführt wurde. Auch die Zentrumsanträge auf Einführung von Arbeiter-Grubenkontrolleuren und Mitwirkung der Arbeiterausschüsse an den Wohlfahrtseinrichtungen wurden verworfen. Daß die Verhältniswahl bei den Arbeiterausschüssen zulässig sein soll, ist angesichts der sonstigen Beschlüsse nicht von großer Bedeutung.

Bezüglich der Arbeitszeit wurde die Bestimmung des Entwurfes, daß in Bergwerken, in denen mehr als die Hälfte der Betriebe eine Temperatur von mehr als + 22 Grad Celsius hat, die tägliche Arbeitszeit vom 1. Oktober 1905 ab 8½ Stunden, vom 1. Oktober 1908 ab 8 Stunden nicht überschreiten soll, abgelehnt. Dafür aber nicht etwa der Zentrumsantrag angenommen, daß vom 1. Oktober 1908 ab in allen Bergwerken die Arbeitszeit 8 Stunden nicht übersteigen darf, sondern ein Antrag der Konservativen, wonach die Oberbergämter das Recht haben, für jedes Bergwerk Arbeitsdauer, Beginn und Ende der Arbeit festzusetzen. Ja, werden die Oberbergämter denn auch von diesem Rechte in ausreichendem Maße Gebrauch machen? Wenn sie es bisher nicht taten, obwohl das geltende Berggesetz bereits entsprechende Bestimmungen enthält, so werden sie es auch wohl in Zukunft nicht tun. Die auf Antrag der Konservativen beschlossene Errichtung eines Gesundheitsbeirats, der gutachtlich über die inbezug auf die gesundheitlichen Verhältnisse und die Arbeitszeit von der Bergbehörde zu ergreifenden Maßnahmen zu hören ist, ist ja recht löblich, vermag aber feste Vorschriften nicht zu ersetzen. Glücklicherweise beließ man es wenigstens bei der 6stündigen Maximalarbeitszeit in Betrieben mit mehr als + 28 Grad Celsius. Dafür nahm man dann aber auch wieder einen nationalliberalen Antrag an, wonach die Seilfahrt bei der Bemessung der Arbeitszeit nur soweit mitgerechnet wird, als sie ¾ Stunden überschreitet.

Die mancherlei Aenderungen, die sonst noch an der Vorlage vorgenommen wurden, übergehen wir hier. Alles in allem hat sie weit mehr Verschlechterungen als Verbesserungen erfahren. Wir hoffen aber, daß die Kommission in der zweiten Lesung, oder wenn diese nicht, dann das Plenum zu wesentlich anderen Beschlüssen kommen wird.

Tages-Ereignisse.

Deutschland. + Berlin, 5. April. Der **Reichstag** erledigte am Mittwoch debattelos einige Rechnungssachen und beschäftigte sich dann in erster Lesung mit dem Entwurf einer Maß- und Gewichtsordnung. Durch dieselbe sollen an Stelle der polizeilichen Revisionen einheitlich für das ganze Reich zwangsweise periodische Nachweisungen eingeführt werden. In der Debatte erklärten sich Redner aller Parteien grundsätzlich mit der Vorlage einverstanden. Bedenken bestanden nur nach der Richtung, ob durch die in dem Gesetze vorgesehene Verstaatlichung der Eichämter nicht eine unzulässige Schädigung der Kommunen herbeigeführt werde, weiter wurde angeregt, die Ermächtigung des Bundesrats, das Gesetz auch noch auf andere als im Gesetz selbstgenannte Maß- und Gewichtsvorschriften auszudehnen, an die Zustimmung des Reichstags zu knüpfen. Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Hierauf beschäftigte sich das Haus mit Petitionen.

— **Zu der neuesten coburg-gothaischen Differenz** wird dem Hannov. Cour. von kundiger Seite geschrieben: Die Eifersucht zwischen Koburg und Gotha, und zwar sowohl zwischen den so benannten sächsischen Herzogtümern, als zwischen den beiden Städten, besteht seit langer Zeit u. von ihrer Vereinigung nach dem Aussterben des sachsen-gothaischen Herzogshauses an. Den Bemühungen der Herzöge und ihrer Staatsminister ist es nicht gelungen, die Herzogtümer in Wirklichkeit zu vereinigen. Es besteht zwar für bestimmte Angelegenheiten, insbesondere auch die Justizangelegenheiten, eine gemeinschaftliche Verfassung und ein gemeinschaftlicher Landtag; aber namentlich für die innere Verwaltung und für die Domänenverwaltung hat jedes Herzogtum seine besondere Verfassung und seinen besonderen Landtag; auch wählt jedes Herzogtum zum Reichstage für sich, während sie im Bundesrat zusammen nur eine Stimme führen.

Die früheren Herzöge führten ihre Residenz vorzugsweise in Coburg oder auf Schlössern in dessen Nähe, während in Gotha nur in der Zeit, wo das Hoftheater dort spielte, und in Schloß Reinhardsbrunn nur zur Zeit der Hirschjagden Aufenthalt genommen wurde. Auch der Regent, Erbprinz von Hohenlohe, hat an dieser Uebung festgehalten. In Gotha hat man sich stets in dieser Beziehung stark zurückgesetzt gefühlt, übrigens immer vermieden, darüber besondere Klage zu führen, so sehr berechtigt sie sein würde. Das Herzogtum Gotha ist das größere Land, sowohl nach Fläche wie nach Einwohnerzahl, hat dreimal so viel Einwohner (gegen 200 000 Einwohner), während das Herzogtum Coburg nur etwa 70 000 Einwohner hat. Ganz besonders aber fällt ins Gewicht, daß der Herzog aus den gothaischen Domänen und Forsten über 500 000 Mark jährlich erhält aus den coburgschen Domänen und Forsten nur etwa 100 000 Mark.

Der Schwerpunkt liegt nach allen Beziehungen in Gotha, so daß es an sich durchaus gerechtfertigt ist, auch für die Hofhaltung den Schwerpunkt noch Gotha zu verlegen, und man sich in Coburg dabei beruhigen sollte, so lange unverhältnismäßig bevorzugt worden zu sein.

Der äußere Anlaß, daß der junge, am 19. Juli d. J. volljährig werdende und zur Regierung gelangende Herzog Karl Eduard (Sohn des verstorbenen Herzogs von Albany, englischen und coburg-gothaischen Prinzen) sich entschlossen hat, seine Hofhaltung in der Hauptsache nach Gotha zu verlegen, liegt, wie wir aus sicheren Quellen wissen, darin, daß die Witwe des früheren Herzogs Alfred, die Großfürstin Marie, ihre Hofhaltung mit ihren Töchtern in Coburg weiterhin behält; und der innere Grund liegt darin, wie in Gotha und Coburg ganz bekannt ist, daß die beiden Familien nicht miteinander harmonieren, sich deshalb aus dem Wege gehen wollen.

— **Der Zweck heiligt die Mittel.** In der Urteilsbegründung im Prozeß des Grafen Hoensbroech gegen den Zentrumsabg. Dasbach heißt es nach dem „Westf. Merkur“ u. a.: Das Gericht hatte nur zu prüfen, ob in den vom Kläger dargebotenen Auszügen aus jesuitischen Schriften an irgend einer Stelle formell der fragliche Grundsatz in dem mehrerwähnten Sinne ausgesprochen wird, oder ob virtuell der Grundsatz in jenen Auszügen enthalten ist. In dem vom Kläger gebotenen Material ist keine einzige Stelle aufzuweisen, in welcher der Grundsatz, jede an sich verwerfliche Handlung wird dadurch daß sie zu einem guten Zwecke vollbracht wird, erlaubt“ ausgesprochen ist. Die sämtlichen vom Kläger angezogenen Stellen aus jesuitischen Schriften besagen sich vielmehr ausschließlich mit bestimmten einzelnen Handlungen, und es wird von den Jesuiten die Frage beantwortet, ob diese unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt sind. Der Kläger hat den vom Beklagten in der Auslobung verlangten Beweis, daß jede an sich verwerfliche Handlung dadurch, daß sie vollbracht wird, um als Mittel zur Erreichung eines guten Zwecks zu dienen, erlaubt ist, nicht erbracht. Der von ihm erhobene Anspruch auf die ausgesetzte Belohnung ist daher unbegründet, und es war sonach aus tatsächlichen Gründen die Zurückweisung der Berufung gegen das die Klage abweisende Urteil erster Instanz begründet. Der von dem Kläger noch angebotene Beweis, daß die sämtlichen von ihm zur Beweisführung herangezogenen jesuitischen Schriften das Imprimatur der kirchlichen Behörden erhalten haben, und ferner daß Schriften der Jesuiten, insbesondere auch die über das Aergernis, heute noch als Lehrbücher zur Heranbildung der Beichtväter in der katholischen Kirche benutzt werden, ist schon deshalb unerheblich, weil diese Tatsachen vom Beklagten nicht bestritten sind.

Frankreich. Paris, 5. April. Die Polizei nahm in der Nacht zu heute in der kürzlich gemeldeten **Verschwörungs-Angelegenheit** mehrere Haussuchungen vor, deren Ergebnis dem „Temps“ zufolge die Sache ernster erscheinen lasse, als bisher angenommen wurde. Es wurde zunächst festgestellt, daß die jüngst in der Wohnung des beurlaubten Hauptmanns Tamurini beschlagnahmten 500 Infanterie-Uniformen keineswegs für die Milizsoldaten eines privaten Kolonialunternehmens bestimmt waren. Ferner wurden in dem Vororte Puteaux in einem alleinstehenden Hause eines angeblichen Lumpensammlers mit Namen Meyer an 8000 Gewehrpatronen beschlagnahmt. Meyer wurde verhaftet. Der Hauptmann Tamurini wurde ebenfalls in Haft genommen und einem eingehenden Verhör unterzogen. Die Behauptung Tamurinis, daß er die 500 Uniformen bei einem Bürger gekauft habe, um einem Verwaltungsoffizier, der für Uniformstücke, die ihm aus dem Magazin verschwunden waren, verantwortlich gemacht wurde, zu Hilfe zu kommen, wird für unglaubwürdig gehalten. Der Schwiegervater Tamurinis, der ehemalige Unteroffizier Veinat, wurde gleichfalls verhaftet. Der „Temps“ sagt, die Polizei glaube, daß es sich um eine militärische Verschwörung handle, welche derjenigen gleiche, welche der General Malet im Jahre 1812 zum Sturz des Kaiserreiches angezettelt hatte.

Paris, 5. April. Eine Zusammenkunft des Präsidenten Loubet mit König Eduard wird morgen Nachmittag, wahrscheinlich im Bahnhof Noisy-le-Sec bei Paris, erfolgen. Herr Delcassé wird den Präsidenten Loubet begleiten. König Eduard begibt sich zu längerem Aufenthalte an die Riviera. — Dem Echo de Paris wird aus Petersburg telegraphiert, daß die innige Annäherung Frankreichs an England, die gerade jetzt nach der Verweigerung der letzten russischen Anleihe in Paris vor sich gehe, offenbar in Rußland eine sehr ernste Verstimmung gegen Frankreich hervorgerufen habe.

Italien. Neapel, 5. April. **Der Kaiser in Italien.** Von Port Mahon begleitete einer der spanischen Kreuzer noch ein gutes Stück das Kaiserschiff, um sich dann mit Salut zu verabschieden. Bei gutem, teilweise unsichtigem Wetter fuhr der Kaiser auf der „Hamburg“ mit dem Kreuzer „Friedrich Karl“ um 10 Uhr in den Golf von Neapel ein. Der Gipfel des rauchenden Vesuvs war von tief hängenden Wolken umkränzt. Die deutsche Kolonie fuhr dem Kaiser auf einem bewimpelten Dampfer entgegen. Das italienische Geschwader lag in Parade und gab den Salut ab, die Mannschaften brachten ein Hurra aus, „Friedrich Karl“ erwiderte den Salut. Die „Hamburg“ machte an der Mole im Militärhafen fest zwischen der „Hohenzollern“ und der „Hertha“, welche einen gewaltig langen Heimatswimpel führte, der bis auf das Deck reichte. Die Mannschaft der „Hertha“ stand in Paradeaufstellung u. brachte ein dreifaches Hurra aus. Viele Ruderboote umkreisten die „Hamburg“. Bald darauf kam Prinz Adalbert von der „Hertha“ an Bord der „Hamburg“ und meldete sich zunächst dienstlich beim Kaiser, der dann seinen Sohn herzlich willkommen hieß. Nach der Frühstückstafel siedelte der Kaiser auf die „Hohenzollern“ über, die unter dem Salut der Kriegsschiffe die Kaiserstandarte hißte. Der Aufenthalt hier ist bis zum 7. d. M. vorgesehen. — Eine Abordnung der deutschen Kolonie war dem Kaiser auf einem Dampfer entgegengefahren. Alle öffentlichen und viele private Gebäude haben in deutschen und italienischen Farben geflaggt.

England. London, 4. April. Die „Times“ kommen heute noch einmal auf den Besuch des Kaisers in Tanger

zu sprechen. Das Blatt meint, seit dem Krugertelegramm habe kein Akt des Kaisers ein solches Aufsehen erregt, wie dieser Besuch. Der Effekt sei jetzt schon klar und könne durch die Veröffentlichung der Worte, die der Kaiser zu den Vertretern des Sultans sprach, nur noch verschlimmert werden. Die Worte des Kaisers stünden im scharfen Gegensatz zu den besonderen Interessen, die Frankreich in Marokko habe, und die von Großbritannien und von Spanien durch ihre Verträge ausdrücklich anerkannt seien. Aber der Kaiser sei noch weiter gegangen, er habe gerade in dem Moment, wo die Franzosen versuchten, den Sultan zur Annahme gewisser Reformen zu bewegen, erklärt, die gegenwärtige Zeit sei für solche Reformen nicht geeignet. Man könne nur Gott danken, daß die französische Nation und die Regierung der Republik so vernünftig und ruhig sei, sich nicht durch solche Herausforderungen reizen zu lassen, es sei sehr vernünftig von den französischen Zeitungen, die der Pariser Regierung nahe ständen, zu erklären, daß sie sich nicht weiter auf Argumente mit dem Kaiser einlassen, sondern nur diese neue unfreundliche Haltung Deutschlands notieren wollten.

Weiter erinnert das Blatt dann an die Aeußerungen, die Graf Bülow vor Jahresfrist dem Grafen Reventlow im Reichstag machte, als dieser eine Interpellation wegen der Marokkoangelegenheit stellte. Der Kanzler hätte damals ausgeführt, es würde zu gefährlich sein, Forderungen in Bezug auf Marokko zu stellen, da diese Deutschland leicht in einen Krieg verwickeln könnten. Ganz genau dasselbe gelte heute auch noch, und es sei unverständlich, wie der deutsche Kanzler seine Auffassung habe ändern können. Der Kaiser hätte sich das merken sollen, was sein Kanzler damals gesagt habe.

Rußland. Petersburg, 5. April. Wie das Rußkoje Slowo meldet, hat der Oberprokurator des h. Synod, **Pobjedonoszew**, sein Entlassungsgesuch eingereicht. Unterrichtete Kreise bringen diesen Entschluß in Verbindung mit der neuen Strömung unter den Geistlichen, die in letzter Zeit lauten Einspruch gegen die Kirchenrecht und Ueberlieferung verletzende Knechtung der Kirche durch die weltliche Gewalt erheben.

Afrika. Deutsch-Südwestafrika. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 26. März im Gefecht bei Groß-Heusis gefallen: Leutnant d. R. Elsner, früher Husarenregiment Nr. 16, Reiter Karl Schimmel, früher Feldartillerie-Regiment 39; am 28. März bei Kranzplatz nördlich Gideon gefallen: Gefreiter Gustav Hermann, früher Feldartillerie-Regiment 56, Reiter Max Anderseck, früher Feldartillerie-Regiment 21.

Verhandlungen der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 4. April.

Trennung von Kirche und Staat.

In der Fortsetzung der allgemeinen Beratung erhält das Wort der radikale Republikaner

Reveilland. Er erinnert daran, daß er schon 1874 eine Broschüre über die Trennung der Kirche vom Staat geschrieben habe. Seitdem habe das Land Zeit gehabt, sich auf die Lösung vorzubereiten, die jetzt unverzüglich vorgenommen werden müsse. Die reformierten Protestanten seien Anhänger der Trennung.

Alle logisch denkenden Protestanten wie alle aufrichtigen Christen wünschen die Trennung, und die Republikaner müssen offen erklären, daß wenn sie auch den Klerikalismus bekämpfen, sie doch die religiösen Gefühle achten und schonen wollen. Die Jesuiten haben unsere gallikanische Kirche zerstört; die müßte wieder hergestellt werden können. Das Konkordat hat das religiöse Leben in Frankreich erstickt, drum muß es gekündigt werden.

Bienvenu Martin (Kultusminister): Die Stunde der Trennung hat geschlagen; wir müssen diesen Punkt des republikanischen Reformprogramms jetzt verwirklichen; die jüngsten Ereignisse fordern es. Das Land ist nun vorbereitet, es erwartet die Trennung. Die vorgeschlagene Lösung ist die einzige, die uns ermöglicht, mit Würde diese Angelegenheit zu ordnen; sie ist nach der Ueberzeugung der Regierung nicht nur wünschenswert, sondern unbedingt notwendig. Ueber den Kernpunkt der Sache sind sich alle Republikaner einig: der Grundsatz der Gewissensfreiheit muß zur allmählichen Verweltlichung des Staats u. seiner Einrichtung führen. Man hat uns angeraten, die Beziehungen zu Rom wieder anzuknüpfen; das gegenwärtige Kabinett wird diesem Rat unter keinen Umständen folgen. (Beif. links.) Im besonderen hat Herr Ribot gestern einer Verständigung mit dem Papst das Wort geredet. Die Kirche wird nie für eine Trennung zu haben sein; ist sie's, so knüpft sie unerfüllbare Bedingungen daran. Herr Ribot gab uns die Berücksichtigung unserer Interessen als Schutzmacht im Orient zu bedenken und meinte, es seien vom Vatikan auf diesem Gebiet Vergeltungsmaßregeln zu befürchten. Er vergißt, daß unsere Schutzherrschaft im Orient nicht von Roms Gnaden ist, sondern auf Verträgen beruht. Die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich wird nichts daran ändern. Der Einfluß der Geistlichkeit wird sich vermindern, sobald diese nicht mehr amtliche, vom Staat besoldete Stellungen inne hat. Der Kommissionsentwurf, dem die Regierung zustimmt, ist in durchaus liberalem Geiste gehalten. (Widerspruch rechts.) Die vorhandenen Kirchen werden nicht nur nicht geschlossen, sondern man erlaubt vielmehr, neue Kirchen ohne staatliche Ermächtigung zu errichten; der Kultus kann mindestens genau so fortgesetzt werden, wie er heute besteht. Allerdings wird das Kultusbudget teilweise abgeschafft werden. Aber man muß bedenken, daß es keine Schuld an die Kirche — aus der Revolutionszeit stammend — darstellt, wie die Klerikalen behaupten, sondern daß es einfach die Besoldung darstellt für Leute in Staatsämtern. Die öffentlichen Aemter werden abgeschafft — damit fällt die Besoldung. Was von dem Kultusbudget bleibt, ist so reichlich bemessen, daß es die Fortsetzung der Religionsübung durchaus sichert. Die neuen Kultusgemeinden werden sogar größere Freiheiten genießen, als die bisherigen, z. B. für den Erwerb von Eigentum. Wenn das Land wegen der gegenwärtigen Vorlage in Unruhe gerät, so ist das nicht die Schuld der Vorlage, sondern der Aufreizungen derer, die das geplante Gesetz bekämpfen. Die Regierung sieht in dem Entwurf und seiner Durchführung einen wesentlichen Teil der von ihr übernommenen Aufgabe. Die Verwerfung der Vorlage würde das klerikale Joch nur noch drückender machen und für die innere Politik einen Rückschritt bedeuten, dessen Tragweite sich noch nicht ermessen läßt. (Beifall links.)

Nach längeren Ausführungen des Linksrepublikaners Colin, der den Entwurf nur mit den Abänderungsanträgen seiner Freunde annehmen will, wird die Beratung auf Donnerstag vertagt.

Ein Lippischer Skandalprozeß.

Detmold, 3. April.

Es folgen die Gutachten der Schriftsachverständigen. An erster Stelle wird der Graphologe Langenbruch aus Berlin vernommen. Er hatte im Jahre 1898 ein privates Gutachten erstattet, daß Paul Kracht zweifellos der Briefschreiber sei. Später seien ihm dann die Löschabdrücke vorgelegt worden, von denen er Folienphotographien hergestellt habe. Es sei deutlich ein ganzer Satz aus einem anonymen Briefe zu lesen gewesen, außerdem noch eine Anzahl Worte, Buchstaben und halbe Sätze, die sich in Briefen aus derselben Zeit nachweisen ließen. Von einem nachträglichen Einzeichnen auf die Löschblätter durch eine andere Person könne keine Rede sein. Werden den anonymen Briefen auch Abdrucke von der anerkannten Handschrift beider Angeklagten auf demselben Löschblatt. Die Feldbergpostkarte der Frau Kracht zeige auf den ersten Blick die Aehnlichkeit mit der anonymen Schrift. In den anonymen Briefen verfalle der Schreiber zeitweilig in die deutsche Schrift; auch in diesen Fällen seien überraschende Aehnlichkeiten mit der Schrift der Frau Kracht vorhanden. Anderseits lägen viele charakteristische Aehnlichkeiten mit der Schrift von Paul Kracht vor. Der Sachverständige erklärt schließlich: Seine ursprüngliche Ansicht, daß Paul Kracht zweifellos der Schreiber sei, könne er nicht mehr bestimmt aufrecht erhalten, aber die Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß Paul Kracht der Verfasser sei, möglicherweise seien es beide Eheleute gewesen. Schulrat Dr. Grabow, der seinerseit als Gymnasiallehrer in Lemgo Lehrer von Paul Kracht war, hat im vorigen Jahre auf Veranlassung des Angeklagten ein Gutachten erstattet, daß weder Paul noch Martha Kracht die Briefe geschrieben habe. Heute, nachdem er ein umfangreiches Prüfungsmaterial erhalten habe, bezeichnete er mit Sicherheit Frau Kracht als Schreiberin. Bei der Vergleichung von Schriften komme es lediglich auf die unwillkürlichen Schreibgewohnheiten an, nur wenn alle unwillkürlichen Schreibgewohnheiten übereinstimmten, sei die Identität des Schreibers entschieden. Er habe nun 29 solcher Schreibgewohnheiten gefunden, die ausreichten, um die Angeklagte sicher als die Schreiberin der Briefe zu bezeichnen. Die stilistischen und orthographischen Eigenheiten bestärkten ihn in seinem Urteil. Der von der Verteidigung geladene Sachverständige Hans Busse aus München gibt folgendes Gutachten ab: Paul Kracht ist bestimmt nicht der Schreiber, dagegen ist es wahrscheinlich, daß Frau Kracht die Schreiberin ist. Der Grund der Wahrscheinlichkeit lasse sich schwer angeben. Der Berliner Schriftsachverständige Nervenarzt Dr. Georg Meyer kommt zu dem Schluß, daß nur Frau Kracht die Schreiberin sein könne.

Der neue Ruhstratprozeß.

Oldenburg, 4. April.

In der heutigen Sitzung gab der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger eine Erklärung ab, in der es heißt: Der Herr Nebenkläger Minister Ruhstrat hat gestern Abend am Schlusse der Sitzung einen äußerst schweren Vorwurf gegen den Reichstagsabgeordneten Justizrat Lenzmann, der hier nicht anwesend ist, erhoben. Wir hatten gestern früh bereits feststellen lassen, daß es sich bei der Feststellung der Verteidiger, daß wir den Meineid des Ministers Ruhstrat in der Verschweigung von Tatsachen im Ries-Prozeß erblicken, nicht um etwas Neues handelt, sondern daß wir diese Konstatierung schon in der Verteidigungsschrift bezüglich des Redakteurs Schweynert gemacht haben. Der Herr Minister scheint das nun gestern nicht im Kopfe gehabt zu haben, sonst hätte er den Vorwurf gegen den Justizrat Lenzmann nicht erheben dürfen. Mit Rücksicht darauf, daß unserem Kollegen Lenzmann der Vorwurf der wissentlichen Unwahrheit — der Minister gebrauchte sogar das Wort „Verleumdung" — gemacht worden ist, wäre es schon gestern unsere Pflicht gewesen, den Herrn Minister in der gleich schroffen Weise zu seine Schranken zurückzuweisen. Wir wollen aber nicht in den gleichen Ton verfallen, sondern begnügen uns damit, nochmals sachlich festzustellen, daß der gegen den Kollegen Lenzmann erhobene Vorwurf gänzlich unberechtigt ist, da er nur das wiederholt hat, was wir längst in unserer Verteidigungsschrift behauptet und niedergelegt hatten. Mit Rücksicht auf diese Feststellung kann ich wohl jetzt an den Herrn Minister das Ersuchen richten, seinen Vorwurf gegen den Justizrat Lenzmann zurückzunehmen. Minister Ruhstrat (vortretend): Ich bitte, zur Aufklärung bemerken zu dürfen, daß ich nicht von einer Verleumdung schlechthin, sondern nur von einer Behauptung, die nicht erweislich wahr ist, gesprochen habe, die gegen den § 187 des Strafgesetzbuches verstößt. Ich darf wohl vorlesen, was der Abg. Lenzmann im Deutschen Reichstage behauptet hat, als meine Angelegenheit dort zur Sprache kam. Nach dem stenographischen Bericht sagte er wörtlich: „Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, benutze ich ein Privatgespräch, welches der Abg. Burlage heute Vormittag mit mir geführt hat, mit seiner Erlaubnis dahin, daß ich erkläre, niemals behauptet zu haben, ich dächte an einen Meineid des Ministers Ruhstrat. Wenn meine Worte über den Minister Ruhstrat von den Zeitungen so interpretiert worden sind, so ist das nicht ganz richtig. Ich habe die Zeugenaussage Ruhstrats zwar für strafrechtlich bedenklich erklärt, aber das ist so gemeint gewesen, daß Ruhstrat sein Zeugnis dahin eingerichtet hat, dasjenige zu verschweigen, was doch vielleicht von großem Interesse für die urteilenden Richter gewesen wäre. Das macht den Inhalt seines Zeugnisses zu einem einigermaßen bedenklichen und nicht erschöpfenden. In diesem Sinne waren meine Worte gemeint." Dieser unter dem Schutze der Immunität erhobene Vorwurf des Herrn Abg. Lenzmann enthält eine äußerst schwere Anschuldigung gegen mich, die jeder Begründung entbehrt, denn ich habe bereits im Schweynert-Prozeß unter meinem Eide erklärt, daß ich nichts verschwiegen habe, eine Erklärung, die ich gestern wiederholt habe. — Vertreter des Ministers Ruhstrat Justizrat Dr. Lohse: Nach meiner Ansicht ist es ganz gleichgültig, ob und wann die Verteidiger dieselbe unwahre Behauptung wie der Abg. Lenzmann aufgestellt haben. Fest steht doch, daß der Vorwurf der Verschweigung von Tatsachen ohne jede Unterlage erhoben worden ist. Vertr. Rechtsanw. Dr. Sprenger: Gegen diese Behauptung des Justizrats Lohse muß ich protestieren, so lange dieser Prozeß nicht zu Ende geführt ist. Die Verteidigung hat keine einzige Behauptung ohne Unterlage aufgestellt. Vorsitzender: Es dürfte wohl genügen, daß die Verteidiger ihre Anschuldigungen nicht erst gestern, sondern schon im November vorigen Jahres erhoben haben. Minister Ruhstrat: Gewiß. Vertr. Rechtsanw. Dr. Sprenger: Der Minister hat weiter gesagt, er sei im Reichstage unvertreten gewesen und könne deshalb den Schutz des § 193 für sich beanspruchen. Dem gegenüber sage ich: der Minister war im Reichstage vertreten durch den oldenburgischen Bundesratsbevollmächtigten, einen Juristen, der bekanntlich sehr angelegentlichst die Verteidigung des Ministers gegenüber den Reichstagsabgeordneten geführt hat. Dagegen wäre der Abg. Lenzmann hier unvertreten, wenn wir Verteidiger und Kollegen ihn nicht in Schutz genommen hätten. Vorsitzender: Ich bitte jetzt die Sache auf sich beruhen zu lassen, da sie dem Gericht vollständig geklärt erscheint.

Oldenburg, 5. April. Biermann, Redakteur und Verleger des Skandalblattes „Residenzbote", wurde wegen Beleidigung des Ministers Ruhstrat und des Rechtsanwalts Wisser zu einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten verurteilt. Von der Untersuchungshaft werden ihm 5 Monate auf die Strafe angerechnet.

Aus dem Regbz. Minden.

-l- **Bielefeld**, 5. April. Stadtverordneten-Sitzung. Am Magistratstische die Herren: Oberbürgermeister Geh. Regierungsrat Bunnemann, 2. Bürgermeister Dr. Stapenhorst, 3. Bürgermeister Toerner, Stadtbaurat Ritscher, Direktor Brüggemann und Stadtrat Heringhaus. Vorsitz: Stadtverordnetenvorsteher Lohmeyer. 32 Stadtverordnete sind anwesend. Entschuldigt: Dr. Frankenstein, Biermann, Graeber und Halemeyer.

Der Verein Bielefelder Musiker hat eine an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung gerichtete Beschwerde eingereicht, wobei ausgeführt wird, daß der Königl. Musikdirektor Ochs den vereinbarten Tarif nicht innegehalten hat. Die Beschwerdeführer bitten mit Rücksicht darauf, daß Ochs aus städtischen Mitteln einen Zuschuß erhält, um Abhilfe. Auf Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers erklärte die Versammlung sich einverstanden, daß die Beschwerde dem Magistrat zur Erledigung überwiesen wird. — Stadtv. Sendel ersucht den Magistrat um Mitteilung der Gründe, die den Magistrat veranlaßt haben, den mit dem Ziegeleibesitzer Karl Schneider abgeschlossenen Vertrag über den Ankauf seiner Ziegeleigrundstücke zurückzuziehen. Der Oberbürgermeister erwidert, daß der Magistrat und Magistrat den Ankauf der Grundstücke von Schneider zum Preise von 100000 Mark beschlossen habe. Die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung sollte in der Sitzung am 8. März beantragt werden und sei dieser Punkt deshalb auf die Tagesordnung gesetzt. Am Montag vor der Stadtverordneten-Sitzung sei Schneider gekommen und habe gebeten, den Verkauf rückgängig zu machen, weil inzwischen ein für ihn günstigeres Angebot gemacht worden sei. Tatsächlich sei das Grundstück von Schneider recht billig angeboten. Der Magistrat habe deshalb beschlossen, von dem Ankauf abzustehen, um Schneider die Erteilung eines höheren Kaufpreises nicht zu vereiteln.

Stadtv. Moderlohn: Wenn der Magistrat im vorliegenden Falle eine Ausnahme zugunsten des Verkäufers gemacht habe, so hätte das auch beim Kolon Fr. Halemeier geschehen müssen. Halemeier hat dem Magistrat mitgeteilt, daß er sein Grundstück, nach Abschluß des Vertrages, um 2000 Mk. teurer hätte verkaufen können; der Magistrat habe aber auf dem Vertrage bestanden. Der Oberbürgermeister erwidert, daß ihm nicht bekannt sei, daß Halemeier mit einem derartigen Antrage hervorgetreten ist. Justizrat Bock: Der Rechtsstandpunkt ist der, daß ein vom Magistrat abgeschlossener Vertrag keine Gültigkeit hat, bevor die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung erteilt. Der Magistrat hat also ohne Frage das Recht einen derartigen Vertrag rückgängig zu machen. — Der Gemeindebeschluß betr. die Reisekosten-Entschädigungen wird dahin ergänzt, daß den Beamten bei Dienstreisen eine Vergütung für jeden Zu- und Abgang bewilligt wird. — Es wurde zugestimmt, daß die Wegelinie Friedrichsdorf-Wilhelmsdorf in der Wegematrikel gelöscht und dafür eine Wegelinie Friedrichsdorf-Haltestelle Windelsbleiche-Buschkamp in die Wegematrikel zum Ausbau als Kreisstraße aufgenommen wird. — Es folgt die Festsetzung verschiedener Fluchtlinien und dann die Genehmigung eines mit dem Kolon Niederröhrmann in Senne I abgeschlossenen Vertrages über den Ankauf eines Grundstücks am neuen Güterbahnhof zum Preise von 5 Mk. pro Quadratmeter.

Dem Verwaltungssekretär Horlbog sollen 1½ Jahre Dienstzeit bei der Stadt Essen auf das pensionsfähige Dienstalter angerechnet werden.

Von der Anstellung verschiedener Beamten wurde Kenntnis genommen und die Pension des Polizei-Sergeanten a. D. Schaffe, infolge eines Minimums des Rechnungshofes, von 600 Mk. auf den gesetzlichen Betrag von 585 Mk. herabgesetzt.

Der Antrag des Magistrats auf Genehmigung eines neuen Tarifes der Straßenbahn wird vom Oberbürgermeister in längerer Rede begründet. Er führt aus, daß die Straßenbahn seit ihrem Bestehen unrentabel ist; der diesjährige Zuschuß ist auf 33000 Mk. berechnet. Nach langer und eingehender Vorbereitung sei der Magistrat dazu gekommen, eine Abänderung des Tarifes vorzuschlagen, um zu erreichen, daß das Straßenbahnunternehmen in sich selbständig werde. Erst wenn das der Fall ist, können wir an weitere Ausgestaltung des Straßenbahnnetzes denken und Verbesserungen sonstiger Art — 5 Minutenverkehr — ins Auge fassen. Ueber die geplanten neuen Tarifsätze haben wir schon frühzeitig Mitteilung gemacht. Direktor Brüggemann erklärt, daß z. Zt. solche Mißstände im Straßenbahnbetriebe vorliegen, daß es auf keinen Fall so weiter ginge, zumal dieser Zustand auch ungesetzlich ist, indem die polizeilichen Vorschriften nicht innegehalten werden können. Stadtv. Hoffmann: Wir sind für den Fortschritt und deshalb für Verbilligung der Tarife. Ungesetzliche Zustände kommen bei allen Bahnbetrieben vor, so auch bei der Staatsbahn. Redner stellt den Antrag: die Beschlußfassung über die Vorlage auszusetzen, sie evtl. aber einer Kommission von 5 Mitgliedern zur Prüfung zu überweisen. Stadtv. Justizrat Bock schließt sich dem Antrage auf Kommissionsberatung an. Die Straßenbahn in Bielefeld befindet sich noch in einem unfertigen Zustande, so lange wir keine ausgebaute Linie zum Ostbahnhof und eine westlich-östliche Linie haben. Der Endpunkt Sieker ist willkürlich gewählt, es muß damit gerechnet werden, daß später, bei fortgeschrittener Bebauung der Detmolderstraße, diese Linie bis Hillegossen durchgeführt wird. Wenn die Stadt einen Zuschuß zur Straßenbahn leisten muß, so ist das gar kein Fehler, denn die Straßenbahn ist ein soziales Unternehmen und braucht deshalb kein gewinnbringendes zu sein. Die Vorlage wegen des Tarifes ist aus einer augenblicklichen Mißstimmung hervorgegangen. Redner beantragt, die Vorlage z. Z. abzulehnen, andernfalls aber, sie nur auf begrenzte Zeit anzunehmen. Stadtv. Dr. Klasing sagt, daß es sich doch nur darum handele, einzelne Mißstände, welche die Rentabilität der Straßenbahn in Frage stellen, zu beseitigen. Wenn der Stadtv. Bock von weiterem Ausbau des Straßenbahnnetzes spricht, so ist es doch zunächst notwendig, das Vorhandene auf eigene Füße zu stellen. Wenn der Zuschuß, den die Stadt jetzt leisten muß, sich nicht verringert oder beseitigt werden kann, so ist an den Ausbau weiterer Linien nicht zu denken. Ich bin entschieden gegen eine Ablehnung der durchaus sachlich und gründlich vorbereiteten Vorlage; wenn absolut Kommissionsberatung gewünscht wird, so läßt sich darüber noch sprechen. Allgemeine durch nichts bewiesene Redewendungen über die Vorbereitung der Vorlage kommen für mich nicht in Betracht. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß der Elektrizitätswerksausschuß stundenlang die Vorlage durchberaten und im wesentlichen einstimmige Beschlüsse gefaßt habe. Wenn Stadtv. Hoffmann sagt, daß er für Fortschritt ist, so erwidere er (Redner) darauf, daß der Fortschritt nur in einer glücklichen Entwickelung des Unternehmens beruht. Unter den jetzigen Verhältnissen kann davon aber keine Rede sein, weil wir nicht in der Lage sind, neue Strecken zu bauen. Direktor Brüggemann weist darauf hin, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Arbeiter die Straßenbahn, namentlich bei schlechtem Wetter, so ausgiebig benutzen, daß es oft vorkommt, daß andere, das volle Fahrgeld bezahlende Personen vor überfüllten Wagen stehen und nicht befördert werden können. Es ist die Beobachtung gemacht, daß die Arbeiter, die jenseits des Hauptbahnhofs, etwa bei Baer u. Rempel arbeiten, bis zum Hotel Kirchhoff gehen und da den Straßenbahnwagen besteigen. Auf diese Weise kommt es, daß der Wagen nach Schildesche schon vor dem Hauptbahnhofe besetzt ist. Das ist ein Mißstand, der darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiterkarten zum Einsteigen an jeder beliebigen Haltestelle berechtigen. Die Einstellung von mehr Wagen läßt sich nicht ermöglichen wegen der damit verbundenen hohen Kosten, denn es müßten zu diesem Zweck weitere Wagen angeschafft und mehr Fahrpersonal angenommen werden. Das Personal würde aber nur einige Stunden täglich zu tun haben. Wenn vor etwa 10 Jahren Führer und Schaffner 75 Mk. monatlich verdienten, so bekommen dieselben jetzt das Doppelte; ⅔ der Betriebskosten machen die Löhne aus. Stadtv. Hoffmann tritt nochmals für Kommissionsberatung ein und versucht darzulegen, daß der billigste Tarif am ehesten die Rentabilität sichere. Stadtv. C. W. Bock vermißt in der Denkschrift des Direktors die Braunschweiger Straßenbahn. Redner bezweifelt, daß der neue Tarif eine Mehreinnahme ergeben wird, die Abonnementskartenpreise sind zu hoch. Stadtv. Seydel (Mitglied des Elektrizitätswerksausschusses) sagt, daß die Vorlage gründlich durchberaten ist und empfiehlt ihre Annahme. Stadtv. Eilers ist der Meinung, daß die Einnahme der Straßenbahn nach dem neuen Tarif so zurückgehen wird, daß statt 33000 Mk. 70000 Mk. zugeschossen werden müssen. Die Arbeiter in Brackwede und Schildesche hätten schon erklärt, daß sie ihre Wege für die Folge zu Fuß zurücklegen wollen, wie sie das früher auch mußten. Stadtv. Kisler spricht sich für Annahme der Vorlage aus. Stadtv. Hoffmann beantragt namentliche Abstimmung über sämtliche Anträge. Es wird zunächst abgestimmt über den Antrag Bock auf Kommissionsberatung. Ergebnis: Ablehnung mit 17 gegen 13 Stimmen. Dann Antrag Hoffmann, daß der neue Tarif nur für die nächsten 2 Jahre gilt. Ergebnis: Annahme mit 17 gegen 13 Stimmen. Schließlich wird über den Magistratsantrag mit dem Zusatze der 2jährigen Gültigkeit abgestimmt ist. Ergebnis: Annahme mit 17 gegen 13 Stimmen. — Nachdem die Dringlichkeit anerkannt war, wurde ein mit dem Schmiedemeister Lehmann abgeschlossener Vertrag über den Verkauf eines Bauplatzes an der Ecke der Heinrichstr. genehmigt.

▢ **Bielefeld**, 6. April. Sein zweites Gastspiel gab gestern Abend im Stadttheater der Königl. Hofschauspieler Herr A. Junkermann in „Hasemanns Töchter" von L'Arronge. Wenngleich das allgemein bekannte Volksstück hier schon öfter aufgeführt worden ist, war der Besuch dieser Aufführung schon des hier allgemein hochgeschätzten Gastes wegen ein sehr guter. Seine glänzende Darstellungskunst, die oft stürmischen Beifall hervorrief, zeigte Herr Junkermann gestern in der Rolle des alten Vater Hasemann, den er in allen Lebenslagen so natürlich und doch so drastisch als gewiegter Künstler spielte, daß man seine helle Freude daran hatte. Aber auch unsere hiesigen Kräfte boten ihr Bestes. Vorzüglich spielte Frl. Hummel, die Rosa war für sie eine gelegene und dankbare Rolle, die sie hübsch durchführt. Herrn Härting gelang der Schlossermeister gut, desgleichen Herrn Baumeister der Fabrikant Körner. Frau Jung war Herrn Junkermann eine würdige Partnerin. Es klappte alles vorzüglich.

-os- **Bielefeld**, 6. April. Eisenbahnpersonalie. Der seit 14 Jahren auf dem Hauptbahnhofe tätige Assistent Wilh. Peyerling ist zum Stationsvorsteher 2. Klasse für die hiesige Station ernannt.

□ **Bielefeld**, 4. April. **Strafkammer. Nette Früchtchen.** Aus der Untersuchungshaft wurden vorgeführt der 18 Jahre alte Kommis Gustav Althoff und der im gleichen Alter stehende Arbeiter Theodor **Klutmann** von hier. Althoff ist schon einmal wegen Betruges und Klutmann wegen Diebstahls und Sachbeschädigung bestraft. Der Angeklagte Althoff hat am 21. Februar d. Js. seinen Eltern ein Sparkassenbuch über 900 Mark gestohlen und darauf einmal 80 und das andere mal 200 Mark erhoben. Mit diesem Gelde ist Althoff und sein Freund Klutmann nach Berlin abgedampft, wo sie es in kurzer Zeit verbraucht haben. Außerdem hat Althoff seinen Eltern noch eine Uhr gestohlen, die er unter der falschen Angabe, sie sei sein Eigentum, an den Althändler Wiese für 5 Mark verkauft hat, um welchen Betrag Wiese nachher gepreilt worden ist. Klutmann soll dem Althoff zu diese Diebstähle angestiftet und in Bielefeld gebettelt haben. Da der Vater gegen seinen ungeratenen Sohn den Strafantrag zurückzog, so wurde Althoff von der Anklage des Diebstahls freigesprochen, aber wegen Betruges zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Klutmann wurde von der Beihilfe zum Diebstahle ebenfalls freigesprochen, erhielt aber wegen Bettelns 14 Tage Haft. Bei beiden ist durch Anrechnung der Untersuchungshaft die Strafe verbüßt.

Der Arbeiter Friedrich **Tanz** aus Iserlohn, der im verflossenen Jahre mit einer Zirkusgesellschaft in Brackwede weilte, ist bei dem Wirt Karl **Schröder** in Brackwede eingestiegen und hat sich dort an den im Keller lagernden Getränken gütlich getan und auch noch mit Vorrat versehen. 3 Monate Gefängnis.

Ein vielgesuchter Mann. Der wiederholt und schwer bestrafte Walter **Pingel** aus Barmen, welcher stetig im Lande umherzieht, hat die üble Gewohnheit, sich ohne Geld bei Leuten einzulogieren und dann unter Mitnahme aller zu fassenden Sachen heimlich zu verdusten. Im September v. J. ist er auch in Bielefeld aufgetaucht, hat die Witwe Rottmann um 25 M. Kost- und Logisgeld geprellt und deren Logisnehmer, dem Schriftsetzer te Paß, Kleidungsstücke und Wäschegegenstände im Werte von über 100 Mark gestohlen. Da er noch 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus zu verbüßen hat, so wurde gegen ihn unter Einziehung dieser Strafe auf eine Gesamtstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus erkannt. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt, und auf Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Wegen Betruges im wiederholten Rückfalle hatte sich der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Arbeiter Ernst **Wagner**, von hier zu verantworten. Diesmal handelt sich um eine Mark, die er sich von dem Handelsmann Obergünner von hier erschwindelt hat. Er erhielt 3 Monate Gefängnis.

Ein ganz gemeingefährlicher Bursche saß in dem aus der Untersuchungshaft vorgeführten Fabrikarbeiter Wilhelm **Sielemann** von hier auf der Anklagebank. Der Angeklagte, der schon einige mal wegen Körperverletzung vorbestraft ist und noch am Sonnabend wegen roher Gewalttätigkeiten, die er gegen die 60 Jahre alte Plätterin Witwe Meyer von hier verübt hat, vom hiesigen Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden ist, hat am Abend des 7. März d. Js. die Wäscherin Lina **Held** von hier, die ihm die Liebe gekündigt hatte, unter Todesandrohungen derart am Halse gewürgt, daß bereits Bewußtlosigkeit eingetreten und ihr Leben auf's äußerste gefährdet war. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf 6 Monate Gefängnis.

Bielefeld, 4. April. **Gymnasium und Realgymnasium.** Dem vom Direktor Herrn Prof. Dr. Herwig herausgegebenen Jahresberichte über das Schuljahr 1904 entnehmen wir folgende Mitteilungen: Die Zahl der Schüler betrug am 1. Februar 1904 522, die Frequenz am Anfange des Schuljahres 1904 575, die Frequenz bei Beginn des Winterhalbjahres 1904 552 und die Frequenz am 1. Februar 1905 544. Die Osterferien dauern vom 5. bis zum 25. April einschließlich. Am 26. April, Mittwoch, morgens 8 Uhr, beginnt das neue Schuljahr. Dienstag, 25. April, morgens 8 Uhr, findet die Prüfung für Sexta, Mittwoch, 26. April, morgens 9 Uhr, die Prüfung der für andere Klassen angemeldeten Schüler statt. Anmeldungen werden noch bis zum 7. April, morgens von 11—12½ Uhr, vom Direktor entgegengenommen.

Bielefeld, 5. April. Zwei langjährige Lehrer des Gymnasiums und Realgymnasiums, denen der erbetene Ruhestand bewilligt worden ist, die Herren Professor Dr. Julius **Wilbrand** und Professor Otto **Perthes**, nahmen gestern mit dem Schlusse des Schuljahres feierlich Abschied von dem Lehrerkollegium und den Schülern der Anstalt. Am Schlusse seiner Ansprache, die des hingebenden Wirkens beider gedachte, überreichte der Direktor ihnen die von Sr. Maj. dem Könige verliehenen Ordensauszeichnungen, Professor Wilbrand den Kronenorden 3. Klasse, Professor Perthes den Roten Adlerorden 4. Klasse.

Bielefeld, 5. April. Zu dem im Mai auf dem Rennplatze bei Zweischlingen stattfindenden großen Rennen des Ravensberger Rennvereins hat der Magistrat beschlossen, als Ehrenpreis der Stadt Bielefeld einen silbernen Becher zu stiften.

Bielefeld, 5. April. Im Teiche des Gutsbesitzers Meyer zu Ehlentrup wurde gestern eine männliche Leiche gefunden. Aus einem bei dem Toten gefundenen Briefe geht hervor, daß der Mann Sabrowsky heißt und in einem hiesigen Büreau tätig ist. Er soll von seiner Frau getrennt leben. Die Leiche wurde nach Heepen gebracht. (Westf. Ztg.)

Bielefeld, 5. April. In der gestrigen Versteigerung des der Stadtgemeinde gehörigen, an der Heinrichsstraße gegenüber der Einfahrt zum neuen Güterbahnhofe gelegenen Eckplatzes in einer Größe von annähernd 600 Quadratmetern hat der Schmiedemeister Lehmann das Meistgebot, 49½ Mk. pro Quadratmeter (der Platz war mit 25 Mk. per Quadratmeter ausgeboten) abgegeben. Auf diesem Platze soll eine Brückenwage angelegt werden. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung zu dem Verkauf seine Zustimmung gegeben.

Bielefeld, 5 April. In einer gestern Nachmittag stattgefundenen Versammlung der hiesigen Nähmaschinen-Fabrikanten wurde die Errichtung einer städtischen Nähmaschinen-Mechanikerschule beschlossen, die zum 1. Januar n. J. ins Leben treten und an die städtische gewerbliche Fortbildungsschule angeschlossen werden sollen. Für die Aufbringung der Kosten haben die Fabrikanten die Garantie übernommen. Die Höchstzahl der Schüler ist vorerst auf 15 normiert.

Bielefeld, 5. April. Zur Besorgung des Leichendienstes ist vom Magistrat vorläufig für den 1., 2. und 4. Polizeibezirk je eine Totenfrau öffentlich angestellt und eidlich verpflichtet worden. Eine Totenfrau für den 3. Bezirk wird später noch angestellt werden.

Bielefeld, 5. April. Den Straßen Nr. 449, 500 und 501 in der Nähe des neuen Güterbahnhofes sind in der gestrigen Magistratssitzung die Namen Thielen-, Budde- und Maybachstraße beigelegt worden.

Bielefeld, 5. April. Versetzt wurden der Güterexpedient Kirchhoff von Uelzen nach Bielefeld und Stationsdiätar Klipp von Bielefeld nach Stendal.

Bielefeld, 5. April. Die Aktiengesellschaft Friedrich-Wilhelms-Bleiche in Brackwede wird für das Geschäftsjahr 1904 bei einem Reingewinn von 19 205 Mk. 4 Proz. Dividende verteilen.

Bielefeld, 6. April. Als wissenschaftliche Hilfslehrerin an der städtischen höheren Mädchenschule ist auf Vorschlag des Schulvorstandes Fräulein Anna **Bunnemann** vom Magistrat an die Stelle des Herrn Oberlehrers Panning berufen worden.

Gütersloh, 4. April. In der letzten Sitzung der Obstbauvereine Gütersloh und Isselhorst entstand eine lebhafte Debatte darüber, wie man sich gegen den Schaden, den der „Dompfaff" in den Obstgärten anrichtet, schützen könne. Während die einen für Vernichtung dieses Vogels sind, treten andere energisch ein für die Erhaltung dieses Prachtexemplars unserer Vogelwelt. Von allgemeinem Interesse dürfte die auf eine Anfrage hin ergangene Antwort eines bedeutenden Zoologen einer deutschen Universität sein, welcher folgendermaßen schreibt:

„Sie haben mit Ihrem Urteil über den Dompfaffen leider recht. Der Dompfaff frißt nie Kerbtiere und füttert selbst seine Jungen mit Sämereien. Während er sonst von Baum-, Strauch- und Krautsämereien lebt und dadurch kaum schädlich wird, kann er im Frühjahr durch Vernichten der Blatt- und Blütenknospen in Obstgärten großen Schaden anrichten; daß er dabei Johannisbeersträucher und Pflaumenbäume bevorzugt, stimmt gleichfalls. Richtig ist ferner, daß bei der Dummheit des Vogels das alleinige Abwehrmittel die Flinte ist. Gleichwohl wäre es grausam, den schönen Vogel ganz auf die Proskriptionsliste zu setzen: wenn der Schade nicht zu arg wird, sollte man ihn tragen." (Güt. Ztg.)

□ **Nienberg**, 4. April. **Das hiesige Progymnasium** wurde im Schuljahr 1904 von 165 Schülern besucht, von 22 einheimischen und 83 auswärtigen. Der Unterselunda gehörten im ganzen 37 Schüler an; drei von ihnen verließen im Laufe des Sommers die Anstalt, um sich dem Postfache bezw. einem praktischen Berufe zu widmen. In der Schlußprüfung im Herbsttermine, die unter dem Vorsitze des Geheimrates Dr. Hechelmann stattfand, erhielten die 6 Unterselundaner, welche in sie eintraten, sämtlich das Zeugnis der Reife. Zu der Schlußprüfung des Ostertermines hatten sich 28 Schüler gemeldet; von ihnen wurden in der mündlichen Prüfung, bei der in Vertretung des Königlichen Kommissars der Direktor den Vorsitz führte, 25 für reif und versetzt erklärt. So wurden im Schuljahr 1904 im ganzen 31 Schüler mit dem Berechtigungszeugnisse für den einjährig-freiwilligen Dienst entlassen. Das Schulgebäude, das zu klein war, wurde umgebaut. Der Jahresbericht sagt darüber: „Im Winter 1903/04 wurden die Fenster an den Klassenzimmern vergrößert, wodurch die Räume bedeutend heller und freundlicher wurden. Da infolge der Teilung der bis dahin vereinigt unterrichteten Tertien ein neues Klassenzimmer erforderlich war, u. da die Sammlungen der Anstalt in Räumen untergebracht waren, die sich immer mehr als unzureichend und unzweckmäßig erwiesen, so beschloß das Kuratorium, das Schulgebäude zu erweitern und im Innern umzugestalten. Dieser Umbau, der in den Herbstferien begonnen, im Winter zu Ende geführt wurde, ermöglichte die Einrichtung eines neuen Klassenzimmers und eines physikalischen Lehrzimmers, die Aufstellung der Bibliothek und der naturwissenschaftlichen Sammlungen in größeren und schöneren Räumen sowie die Schaffung eines Dienstzimmers für den Direktor. Im Anschlusse hieran sei erwähnt, daß das Kuratorium, weil es erfahrungsgemäß für Beamte in kleineren Städten sehr schwer ist, eine passende Wohnung zu finden, für den Direktor eine Dienstwohnung baut, die sich unmittelbar an das Progymnasium anschließt und in ihrem Aufrib den charakteristischen Formen des alten Schulgebäudes möglichst angepaßt ist; sie ist schon soweit gefördert, daß sie im nächsten Herbst bezogen werden kann." An der Anstalt wirken im ganzen 9 Lehrer, einer mehr als im Vorjahre; die Gründung einer neuen Lehrerstelle war durch die Trennung der beiden Tertien, die bis dahin in den meisten Fächern vereint unterrichtet wurden, notwendig geworden. — Das neue Schuljahr beginnt am 26. April; am Tage vorher finden die Aufnahmeprüfungen statt.

Aus dem Regbz. Münster.

+ **Warendorf**, 5. April. Oeffentliche Beleidigung brachte den Verleger und Redakteur Jos. **Klostermann** von der „Westfäl. Rundschau" und den Schriftsetzer Bern. **Groll** auf die Anklagebank. Als Unterlage für die Anklage ist eine Notiz in Nr. 186 vom 17. Aug. v. J. zu betrachten, in der es heißt: Der Gendarm Zotisch aus Warendorf ist hier verprügelt worden, er hat in Harsewinkel schon ähnliche Affären gehabt. Man gibt allgemein der Hoffnung Ausdruck, daß der Täter nicht nicht erkannt ist. — Angeklagter K. bestreitet, den belediginden Nachsatz gemacht zu haben, kann aber hierfür keine Beweise bringen. Der Beklagte G. hat sich insoweit schuldig gemacht, als er die vollständig unwahre Geschichte dem K. erzählt hat. Das Urteil lautete gegen K. auf 200 Mk., gegen G. auf 30 Mk. Geldstrafe.

Münster, 6. April. Dem Bericht des Münst. Anz. über die Sitzung der zoologischen, anthropologischen und botanischen Sektion vom 31. v. Mts. entnehmen wir folgendes: Herr Dr. H. **Reeker** schnitt die Frage an: Warum nehmen die Schwalben ab? Eine englische Gesellschaft für Vogelschutz schiebt die Hauptschuld der Mode zu. In England werden zahllose Schwalbenflügel als Putz für Damenhüte verbraucht, und noch größere Mengen werden aus dem gleichen Grunde nach Nordamerika ausgeführt. Bislang ist es allen Bemühungen der Gesellschaft aber noch nicht gelungen, das Land oder die Länder festzustellen, wo derartige Mengen von Schwalben dahingemordet werden. Wenn man auch zugeben mag, daß auf diese Weise viele Schwalben vernichtet werden, so muß man doch ohne Zweifel noch eine Anzahl anderer Gründe für die Abnahme der Schwalben verantwortlich machen. Durch die Entwässerung großer Gebiete, durch die zunehmende Reinlichkeit in Städten und Dörfern, wo die Abwässer unterirdisch abgeleitet werden, die Dunghaufen von den Straßen verschwinden ꝛc., wird die Nahrung der Schwalben, Fliegen und Mücken immer geringer; in modernen Städten fehlt es den Vögeln sogar an Nistmaterial (Schlamm) zu ihren Nestern; die großen Telephonnetze erschweren ihnen die Jagd auf ihre Beutetiere; kurz, es sind die Fortschritte unserer Kultur, die den Schwalben hindernd in den Weg treten. Einen neuen Faktor für die Abnahme der Schwalben gibt neuerdings Dr. Ad. **Seitz**, der Direktor des Zoologischen Gartens in Frankfurt (Main), an. Bekanntlich überwintern die Schwalben jenseits des mittelländischen Meeres, der größte Teil unserer deutschen wohl in Algerien. Nun war Algerien zur Zeit der Eroberung durch die Franzosen von den Abhängen des Atlas bis zur Küste größtenteils eine Wüste; die Bevölkerung lebte nomadisch und es fehlte an Dörfern, wo die Schwalben nisten konnten. Heute ist Algerien ein großes Kulturland, übersät mit Dörfern und Gutshöfen. Da nun normaler Weise sowieso ein Teil der Zugvögel in seinen Winterquartieren zu verbleiben pflegt, so wäre es doch merkwürdig, wenn die Schwalben nicht in immer größerer Zahl in ihren Winterquartieren zum Brutgeschäfte schreiten würden, da sie dort die günstigsten Verhältnisse mit ungeheuerm Insektenreichtum vorfinden, während ihnen bei uns das Leben erschwert wird. In der Tat hat nun Seitz bei seinen Reisen in Algerien gefunden, daß unzählige Schwalbenpaare dort zum Brutgeschäfte verbleiben. In dieser Aenderung der Lebensweise der Schwalben darf man also auch einen wesentlichen Grund für die Abnahme der Schwalben bei uns erblicken.

Aus Westfalen und Nachbarländern.

Hamm, 6. April. Gerichtliche Personalien. Versetzt sind: der Senatspräsident **Günther** in Hamm an das Kammergericht, der Oberlandesgerichtsrat **Ludewig** in Königsberg i. Pr. nach Hamm. Zum Senatspräsidenten ist ernannt der Oberlandesgerichtsrat **Rüter** aus Naumburg a. S. bei dem Oberlandesgerichte in Hamm. Zu Oberlandesgerichtsräten sind ernannt: die Landgerichtsräte **Meyer** aus Bochum, **Uffeln** und **Eickenbusch** aus Hagen, **Koppers** aus Duisburg, die Amtsgerichtsräte **Richter** aus Hagen und **Hüfter** aus Berleburg in Hamm. Zu Landgerichtsdirektoren sind ernannt: die Landgerichtsräte **Theilkuhl** aus Hannover in Dortmund, **Bange** aus Bochum in Essen, der Amtsgerichtsrat **Müller** aus Neheim in Hagen, der Staatsanwaltschaftsrat Dr. **Gerbaulet** aus Bochum in Münster. Versetzt sind die Amtsrichter Teigte in Schwerte als Landrichter an das Langericht in Düsseldorf, **Bauer** in Bochum an das Landgericht daselbst, **Droste** in Medebach als Landrichter nach Dortmund, Engel in Rogasen nach Bielefeld, **Bußmann** in Recklinghausen nach Gelsenkirchen, **Lohmann** in Lüdenscheid nach Hamm, die Amtsgerichtsräte **Nonnengießer** in Unna nach Münster, **Meyer** in Neuenhaus nach Ocynhausen. Zu Landrichtern sind ernannt: die Gerichtsassessoren Dr. **Glaser**, **Brisken**, **Großfeld**, Dr. **Erwin Bumke** und Dr. **Epping** in Essen, Ernst **Weber** in Bochum, Dr. **Eisenmann** in Dortmund. Zu Amtsrichtern sind ernannt: die Gerichtsassessoren **Pescatore** und **Brenken** in Neheim, **Olshausen** in Siegen, **Weingarten**, Johann **Beneke** und Wilhelm **Schwarz** in Essen, Dr. **Philip** in Oberhausen, Gustav **Welter** und **Geisel** in Hattingen, **Kiesekamp** in Duisburg, **Uffeln** und Dr. Friedrich **Schäfer** in Recklinghausen, **Bever** und Dr. **Heppe** in Schwerte, **Laufenberg** und Joseph **Schulte** in Dortmund, **Kottrup** und Bernhard **Jansen** in Bochum, **Kneer** in Kamen, **Mardner** in Castrop. Versetzt ist der Staatsanwalt Dr. **Zeppenfeld** in Bochum nach Dortmund. Zu Staatsanwälten sind ernannt: die Gerichtsassessoren von **Stockhausen** in Münster, Herm. **Winkler** in Essen, **Gadow** in Bielefeld. Zu Gerichtsassessoren sind ernannt: die Referendare **Driessen**, **Bauer**, **Sierp** und **Georg Wolf** im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm.

L. **Unna**, 8. April. **Raubanfall.** Als der Kaufmann L. Egger von hier auf einer mit dem Rade unternommenen Geschäftsreise um Mitternacht von Altendorf aus den Heimweg antreten wollte, wurde er auf der Dorfstraße von zwei Männern überfallen, zu Boden geschlagen und mit Stöcken schwer mißhandelt. Während die Angreifer noch im Begriffe waren, ihr Opfer völlig wehrlos zu machen, kam zufällig ein Landwirt herbei, der dessen Herannahen die Verbrecher die Flucht ergriffen. Der schwerverletzte Egger wurde in den Gasthof gebracht und erhielt bald ärztliche Hilfe. Dem sofort benachrichtigten Gendarm gelang es, den einen der Täter noch in derselben Nacht, den andern gegen Morgen zu verhaften. Es waren zwei Knechte aus dem Dorfe. Der eine, Krieg mit Namen, hatte im Wirtshause gesehen, daß Egger ziemlich viel Geld bei sich trug. Er war dann zu seinem Freunde Uebel gegangen, der bereits im Bette lag, und hatte ihn zu einem gemeinsamen Ueberfall überredet.

Hamm, 4. April. Der Fuhrmann der Walff'schen Schnapsbrennerei in Werl, Namens Johann Haar, der am Samstag Abend vom eigenen Fuhrwerk überfahren wurde, ist heute Vormittag an den Folgen der dabei davongetragenen schweren Verletzungen im hiesigen katholischen Krankenhause gestorben. Haar hinterläßt Frau und sieben Kinder.

Oberhausen, 5. April. In der Arbeiterkolonie bei Osterfeld erkrankte eine ganze Familie unter starken Vergiftungserscheinungen. Die Frau hatte beim Einkaufen statt Petersilie Schierling erhalten. Der Zustand der Erkrankten ist bedenklich.

Düsseldorf, 3. April. Das Schöffengericht in Neuß hatte den dortigen Wirt Leuchten zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurteilt, weil er in seinem Lokale die Veranstaltung gewerbsmäßiger Glücksspiele, nämlich das sogenannte „Tippen", geduldet hatte. Von Seiten des Verurteilten war gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis Berufung eingelegt worden mit der Begründung, daß es zweierlei Arten dieses Kartenspiels gebe und in seinem Lokale nur diejenige Spielart geduldet worden sei, die sich nicht einseitig als Glücksspiel charakterisiere, sondern deren Durchführung eine gewisse Berechnung notwendig mache. Sein Rechtsbeistand wies noch weiter darauf hin, daß die bisherige Rechtsprechung über diesen Gegenstand keineswegs einheitlich gewesen sei, und hervorragende Rechtslehrer wie auch Polizeiorgane für den vorliegenden Fall die Frage eines gewerbsmäßigen Glücksspiels verneint hätten. Die hiesige Berufungskammer schloß sich diesen Ausführungen an und sprach unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils den beschuldigten Wirt von Strafe und Kosten frei.

Köln, 3. April. Vor dem hiesigen Schwurgericht standen zwei junge Kaufleute, angeklagt der räuberischen Erpressung. Die beiden Angeklagten nahmen in der Nacht zum 5. Oktober eine Prostituierte mit in die Wohnung des einen Angeklagten Stinhold. Hier raubten sie ihr Geld und Schmucksachen und führten auf sie einen Mordversuch aus. B. reichte ein Handtuch, womit S. die Frauensperson knebelte, sodaß ihr Blut aus Nase und Mund quoll. Das Mädchen erhielt eine Ohrfeige, daß ihr das Trommelfell platzte. Auch wurden ihr die Ohrringe abgerissen, sodaß das Ohrläppchen durchgetrennt wurde; ferner erhielt sie einen Messerstich in den rechten Beckenknochen. Die beiden Kaufleute stohen auf den Speicher, wo sie verhaftet wurden. Die Frauensperson mußte in's Hospital geschafft werden. Es tauchten Zweifel über den Geisteszustand der Angeklagten Stinhold auf. Gefängnisarzt Dr. Plempel hielt ihn für verantwortlich. Geheimrat Dr. Pelmann-Bonn glaubt, daß Zweifel in der Frage nach völliger Geistespräsenz obwalten müßten. Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig in vollem Umfange. Die Verteidiger hielten S. für unzurechnungsfähig, infolgedessen auch die Beihilfe des anderen Angeklagten fortfalle. Die Geschworenen erkannten auf Nichtschuldig, worauf Freisprechung erfolgte.

Trier, 4. April. **Prinzessin Elisabeth von Isenburg** Tochter weiland des Fürsten Karl von Isenburg und dessen Gemahlin Fürstin Maria Luisa von Isenburg, Erzherzogin von Oesterreich Prinzessin von Toskana, die im 28. Jahre steht und seit Jahren unter dem Namen Schwester Augustine im Kloster der Kongregation der Schwestern vom hl. Joseph in Trier lebt, legte am Sonntag die ewigen Gelübde ab.

+ **Schweich** (Rheinpr.), 5. April. Die drei bei dem gestern erfolgten Eisenbahnzusammenstoß schwer verletzten Eisenbahnbeamten sind ihren Verletzungen erlegen.

Vermischtes.

— **Berlin**, 5. April. Ein Pistolenzweikampf fand gestern in der Tegeler Heide statt. Es standen sich der in der Borsig'schen Maschinenfabrik tätige Diplomingenieur von Cobinski und der Delegierte der geschädigten Kolonisten des Südafrikanischen Bezirks Großfontain, Gutsbesitzer Zippelig gegenüber. Schon beim ersten Kugelwechsel erhielt Zippelig einen Schuß in den Unterleib, der ihm Magen und Leber zerriß. Der Getroffene brach tödlich getroffen zusammen und erlag Abends seiner Verletzung. Nach der Angabe die Zippelig vor dem Duell machte, ist der verhängnisvolle Zusammenstoß auf einen Streit in einer Weinstube zurückzuführen. Möglicherweise ist der Zweikampf auch auf politische Reibereien zurückzuführen.

— **Magdeburg**, 4. April. Geh. Regierungsrat Wernich von hier ist seit dem 25. März aus Herzberg a. Elster, wo er zu einer Revision beim Magistrat eingetroffen war, verschwunden.

— **London**, 5. April. Laut Zeitungsmeldungen aus Lahore ist das Erdbebenunglück das schrecklichste Indiens seit Menschengedenken. Die Städte Amritsar, Jullundur, Ferozepore, Multan und Rawalpindi sind schwer betroffen. Große Verluste an Menschenleben und andere Schäden werden aus Kaschmir, Dalhousie, Pakal und Maler-Kotla gemeldet. Auch aus anderen Orten treffen Unglücksbotschaften ein. Der ganze Umfang des Unglücks läßt sich wegen Störungen der Telegraphenlinien noch nicht übersehen.

— **New-York**, 4. April. Durch eine Explosion wurden, wie die „Köln. Ztg." meldet, in Zeigler (Illinois) in der Kohlengrube von Joseph Leiter zwanzig Personen getötet und achtzehn verwundet. Man vermutet, daß die Explosion böswillig herbeigeführt worden ist, weil seit den letzten Ausständen dort nur nichtunionistische Arbeiter beschäftigt worden sind.

— **Die Genickstarre** nimmt nun auch in New-York immer größeren Umfang an. Im Laufe der vorigen Woche starben an der Krankheit 150 Personen. Der Sanitätsrat beauftragte eine Kommission hervorragender Aerzte, die Ursache der Epidemie zu untersuchen. Bisher stehen die Aerzte vor einem Rätsel.

Wetteraussichten.

Am 7. April: Zunächst heiter und etwas kälter, Reif. Im Laufe des Tages Trübung, etwas Niederschläge.

Am 8. April: Etwas wärmerer, wechselnd bewölktes Wetter mit Regen.

Wunde Nasen bei Schnupfen und Erkältung behandelt man erfolgreich nur mit dem nicht fettenden in Tuben à 50 Pfg. erhältlichen Myrrholinglycerin

Verantwortlich für den lokalen Teil: Georg Graß in Bielefeld. Für den übrigen Inhalt: E. Holdenhorf in Celle. — Kommissionsdruck und Verlag von E. Holdenhorf's Buchdruckerei und Celle. — Expedition: Bielefeld, Niederwall 1.



Stadttheater
BIELEFELD.
Donnerstag, den 6. April 1905:
Drittes und letztes Gastspiel des Königl. Hofschauspielers Herrn **A. Junkermann.**
Hanne Nüte.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten nach Fritz Reuter. Musik v. Seifriz.
— Anfang 7½ Uhr. —
Erhöhte Kassenpreise.
Freitag: Keine Vorstellung.
Sonntag, 16. April:
Letzte Vorstellung.

Dr. Oebbeke,
Bielefeld,
Spezialarzt für Magen-, Darmkrankheiten und Ernährungsstörungen,
wohnt jetzt **Viktoriastraße 35,** in der Nähe des neuen Rathauses.

Beliebte stahl. Solidaria-Fahrräder auf Wunsch **Teilzahlung.** Anzahl. 20, 30, 50 M. Mtl. 5—15 M. mon. Reichsräder von 64 M. an. Zubehörteile spottbillig. Preisliste gratis und franko.

J. Jendrosch & Co.
Charlottenburg 5. No. 69

≡ Zur Fastenzeit ≡
empfehle täglich frisch:
ff. Brat-Bückinge,
feinste marinierte
Heringe und Rollmops,
sowie alle
geräucherten und marinierten
Fischwaren
in nur bester Qualität. Ferner
ff. Schweizer-Käse,
Ia. Gouda- „
feinsten Tilsiter-,
Edamer-, Limburger-
und Harzkäse,
diverse Weichkäse.
A. Marleaux,
Bielefeld,
Obermarktstr. u. Friedensstr.-Ecke.

Offeriere prachtvoll. dicken weißen **Blumenkohl** zu 38 Pfg.
Auch wird solcher in Stücken zu 10 Pfg. abgegeben.
Gurken, Kopfsalat, Spinat.
Consumhaus,
— Oelde. —

Gräßlich
sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Gesichtspickel, Hautröte, Pusteln, Blütchen etc. Daher gebrauche man: **Steckenpferd-Carbol-Teerschwefel-Seife**
von Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: Steckenpferd.
à St. 50 Pf. bei:
in Oelde: Apotheker Speith,
in Ahlen: J. Bankamp,
in Beckum: Wilh. Schwinn,
in Warendorf: H. J. Bunne,
in Rheda: F. A. Braun.

Garantiert reines
Leinkuchenmehl,
Erdnußmehl,
Baumwollsaatmehl,
sowie alle anderen Sorten
Futtermehle,
Saathafer
und **Kunstdünger**
empfiehlt zur gefl. Abnahme
Molkerei Neuenkirchen.

Buttermaschinen
liefert billigst
Aug. Frede, Westkirchen.
Preisliste gratis und franko.

100 Ztr. Pflanzkartoffeln,
Paulsens Juli, gelbfleischig,
magnum bonum und
Eßkartoffeln
sind bei mir zu haben.
Wilhelm Bresser, Enniger.

Habe mehrere hundert Zentner
Roggenstroh
à Ztr. 2 Mk. ab Gehöft abzugeben.
Gutsbesitzer **H. Spexard,**
Spexard b. Pütersloh.

Gutes Wiesenheu
hat abzugeben **B. Berendsen,**
Oelde, Geiststraße.

Nachweislich rentables Geschäft wünscht **Kapitalist** mit 10 bis 20 Mille als
Teilhaber.
Offerten unter **O. P. 1234** an die Expedition d. Ztg.

Geld von 100 Mk. an Pers. jed. Stand. **Beamte, kaufm. Angestellte** auf Accept, Schuldschein gegen Lebensvers.-Abschluß 5% gegen Bedingung. Rückporto. **H. Brinkmann,** Halberstadt.

Eichen-Bretter,
möglichst trocken und astrein, 1" stark, kaufen stets jedes Quantum
Miele & Cie.,
Herzebrock i. W.

Eine neue, gut gearbeitete
Hobelbank
steht zu kaufen bei
Anton Bücker, Zimmermeister, Tönnishäuschen, Ifendorf.

Ein gut erhaltener 4zölliger
Ackerwagen
sowie ein **Extirpator**
zu verkaufen. Wo, zu erfragen in der Expedition dies. Ztg.

Güter-Verkauf!
1. **Wirtschafts-Gebäude** mit 45 **Morgen Land,** zur Hälfte Kleeboden I. u. II. Klasse, 55 Morgen Wiesen u. 9 Morgen Land;
2. **Wirtschafts-Gebäude** mit **30 Morgen Land** und 7 Morgen Weide und Wiesen;
3. **Wirtschafts-Gebäude** mit 26 **Morgen Land,** wovon 16 Morgen am Hofe liegen;
4. **Wirtschafts-Gebäude** mit 48 **Morgen Land,** wovon ⅔ feiner Kleeboden I. und II. Klasse ist, und 25 Morgen Wiesen;
5. **Wirtschafts-Gebäude** mit 6 **Morgen Grundstücken.**

Die Ländereien dieser Güter sind alle in sehr guter Kultur und liegen nahe an Chausseen bei Schule und Kirche.
Die Uebernahme kann mit oder ohne Frucht sofort oder Herbst bei ⅓ Anzahlung erfolgen.
Auskunft und Vermittlung provisionsfrei durch
Schaefers, Aukt.,
Sande bei Neuhaus i. W.

Ein in gutem baulichen Zustande sich befindendes
Wohnhaus
mit kleinem **Garten**
ist unterhändig von mir unter günstigen Bedingungen und preiswert zu kaufen. Reflektanten wollen sich bei mir melden.
Nähere Auskunft erteilt:
Ennigerloh, im April 1905.
Th. Prisch.

Zu Juli bezw. Oktober wird ein **Wohnhaus** von 2 Familien (kleinere Handwerker) in Beckum zu mieten gesucht. Näheres in der Exped. dieser Zeitung.

Viehmarkt.
Zu verkaufen:
Ein hochtragend. **Mutterschwein** bei **Joseph Teckentrup** zu Keitlinghausen bei Oelde.
Ein Foxterrier und ein **Teckel,** gute Rattenfänger, bei **Heinrich Münstermann, Neubeckum.**
Ein scharfer **Hofhund** (Pudel) bei **H. Feldmann, Herzfeld.**
Rotbuntes **Mutterkalb,** holländ. Rasse, bei **H. Besselmann,** Ostenfelde.
Habe mehrere erstklassige schwarz und rotbunte **Bullen** u. **Mutterkälber** abzugeben. Die Kälber sind von eingeführten ostfriesischen Kühen. **Israel Weinberg, Rheda.**
Ein Paar schöne **Haustauben** bei **J. Brinkschneider** in Oelde, Kirchhofstr. No. 312.
10 Hühner und **1 Hahn** bei **Mathias Beckord, Herzebrock,** Quenhorn.
Ein schwarzbuntes **Mutterkalb** bei **B. Schnitker, Hörberg** bei Beckum.
Ein flotter, schwerer Belgier, Rotschimmel, Wallach, 4 Jahre alt, 1,72 m hoch, bei **H. Vahlhaus, Wadersloh.**
2 rotbunte **Bullenkälber** und 1 schwarzbuntes **Mutterkalb,** guter Abstammung, bei **Westerlemke-Simminghoff, Bergeler** bei Oelde.
Eine frischmelke Ziege bei **Ferd. Reckendrees,** Neubeckum 188.
Zu kaufen gesucht:
Ein mittelschweres **Ackerpferd** zum ein- und zweispänn. Gebrauch, im mittleren Alter, von **W. Gerlinghoff. Langenberg i. W.**

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart.
Auf Gegenseitigkeit. — Mit Garantie einer Aktiengesellschaft. — Gegründet 1875.
Haftpflicht-, Unfall- und Lebens-Versicherung.
Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwilligst und kostenfrei durch
B. Allemeier in Oelde, **P. Reul** in Senden-horst, **P. Steinhoff** in Beckum, **H. Krüppel** in Liesborn, **B. Erlemann** in Wadersloh.
Gesamtversicherungsstand 600000 Versicherungen.
Mitarbeiter aus allen Ständen überall gesucht.
Monatlicher Zugang ca. 6000 Mitglieder.

P. P.
Hiermit mache ich die ergebene Mitteilung, dass ich hierselbst im Hause **Grüner Weg No. 174 S** ein
Auktionsgeschäft
verbunden mit einem
Bureau für Rechts- und Schreibsachen
eröffnet habe.
Empfehle mich zur Abhaltung von Verkäufen aller Art, Beitreibung von Forderungen, Anfertigung sämtl. schriftlichen Arbeiten etc.
Durch langjährige Beschäftigung auf Aemtern bezw. Rechtsanwaltbureau bin ich in die Lage gesetzt, mit allen bezüglichen Arbeiten dienen zu können und bitte um geneigten Zuspruch.
Hochachtungsvoll
B. Bexten-Brune.
Oelde, im April 1905.

Für Erstkommunikanten
empfehle in schönster Auswahl:
Anzugstoffe in **Cheviot, Tuch, Kammgarn,**
Kleiderstoffe per Meter von **3,50** Mk. an. — — —
Brokat und Batist in schwarz u. weiss **Cheviot, Mohair, Cachmir,** per Meter von **1.**— Mk. an.
zu **Engelkleidern,** per Meter von **50** Pfg. an —
Weisse Unterröcke und Kommuniontücher
in allen Preislagen.
Herm. Ellinghaus, Beckum.

Arbeiter und Arbeiterinnen
für dauernde, lohnende Beschäftigung gesucht.
H. Simons & Co.,
Rheda, Bez. Minden.

300 Mädchen f. Landarbeit a. melken bald. f. April abzugeben. **Knechte, Burschen, Melker** besorgt reell und billig **Büreau „Central",** Hannover, Steintorstr. Eingang Marstallstr. Friedrich Dührmann, Stellenvermittler. Fernspr. 2786.

Jung. kath. Sattler- u. Polsterer-Gehülfe u. Lehrling
gesucht von **Clemens Edelkötter, Epe i. W.**

2 Zimmer-Gesellen
auf dauernde Beschäftigung gegen guten Lohn und ein
Lehrling
bei Familienanschluß gesucht von **Wilhelm Happe, Beckum,** Unterberg 1.

Suche zum 18. April einen unverheirateten **tüchtigen**
Maschinisten
für Ziegelei und
15 tücht. Arbeiter.
Zu erfragen bei Ziegelmeister **Liotze,** Wirtschaft Wiegard, **Ennigerloh.**

Ein älterer, nüchterner
Schmiede-Geselle
gesucht, der ganz selbständig arbeiten kann u. im Hufbeschlag das Examen bestanden hat.
H. Kranefeld,
Münster i. W., Weselerstraße 6.

Ein ordentlicher Junge
kann zu Ostern oder später bei mir in die Lehre treten.
Heinrich Leppen,
Schlosserei und Reparaturwerkstatt für Fahrräder und Nähmaschinen,
Ahaus i. W.

Ordentlicher junger Mann (18 J. alt) **sucht Stellung als**
Hausknecht.
Näheres sagt: **W. Linnenbank,** Wiedenbrück.

Zum baldigen Eintritt ein älterer Mann oder Junge als
Schweinefütterer
gesucht.
Gut Lörlinghausen b. Warstein.

Versetzungsh. z. 1. Mai ein tücht. gut empfohlenes, in Küche und Hausarbeit erfahrenes
Mädchen
nach **Hamm i. W.** gesucht.
Frau Schmidt, Mülheim-Ruhr, Friedrichstraße 81.

Suche ein ordentliches
Mädchen,
kann auch ältere Person sein, für Haus- und Gartenarbeit zum baldigen Eintritt.
Frau J. Schulte,
Dortmund, Hahnenmühlenweg 85.

Zum 1. Oktober suche ich ein
braves Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit.
Frau Aug. Pott, Oelde.

Ein ordentliches
Dienstmädchen
für einen kleinen Haushalt von 8 Personen per 1. Juli gesucht von
M. Lindenthal,
Hamm i. W.

Junges Mädchen sucht, gest. a. e. gutes Lehrzeugnis, Stellung in bess. Kolonialwarengeschäft als
angehende Verkäuferin
für sofort oder später.
Gefl. Offerten unter **H. O. E.** besorgt die Exped. d. Bl.

Roßhaar-Arbeiterinnen
gef. **H. Köching,**
Münster i. W., Kirchherrngasse 11.

Tüchtige Frau
sucht, gestützt auf gute Empfehlungen, in Oelde **Stundenarbeit.** Zu erfrag. in der Löwen-Drogerie.

Anstreicher-Lehrling
auf sofort oder zu Ostern gesucht.
St. Kemper, Ahlen i. W.,
Friedhofstraße 3.

Suche per sofort oder zum 1. Oktober einen
zweiten Knecht.
Erdland, Oelde.

Wer eine Stelle sucht
als Dienstmädchen, Haushälterin, Gehülfin, Knecht, Verwalter, Grubenarbeiter, Fabrikarbeiter, Geselle u. s. w., u. s. w., annonciert am besten in dieser Zeitung; erhält dann in der Regel Angebote in großer Auswahl. — **Bei 4maliger Aufnahme erfolgt die vierte kostenlos.**

Bankhaus Selig Windmüller
Hamm i. W.
Spareinlagen werden je nach der Kündigungsfrist gebührenfrei zu 3¼—4½ % verzinst.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Kostenfreie Verlosungskontrolle.
Kostenfreie Einlösung von Coupons.
Diskontierung und Inkasso von Wechseln.
Einlösung von Domizil-Wechseln.
Eröffnung laufender Rechnungen.
Vorschüsse auf Wertpapiere.
Check-Verkehr.

Ibach-Pianos und Flügel
Harmoniums
erster deutscher und amerikanischer Fabriken ausserordentlich preiswert.
Dreinhöfer-Pianos von 450 Mk. an.
Koulanteste Bedingungen bei Ratenzahlungen.
Stimmungen und Reparaturen prompt und billigst.
G. C. Dreinhöfer, Bielefeld,
Oberntorwall 23.
Haupt-Geschäft: **Osnabrück,** gegründet 1868.

Während der **Fastenzeit** besonders empfohlen:
MAGGIs Würze in Fläschchen von 35 ₰ an.

In vielen geistlichen Anstalten ständig im Gebrauch.
Man verlange ausdrücklich MAGGIs Würze

Handels-Nachrichten.

Bericht über tatsächlich erzielte Getreidepreise in der Provinz Westfalen.
Preis in Mark pro Doppelzentner oder 200 Pfund.

Mittwoch, den 5. April 1905.

Münster: Weizen 17,80, Roggen 15,40, Hafer 14,50. Wiedenbrück: Roggen 15,00. Beckum: Roggen 14,80. Hamm: Weizen 16,25, Roggen 13,25, Gerste 12,25, Hafer 13,50, Paderborn: Weizenk. 15,60, Roggen 14,75, Hafer 16,50. Herford: Weizen 17,50, Roggen 14,50, Hafer 14,75. Minden: Weizen 17,00, Roggen 14,50, Gerste 14,00, Hafer 15,40. Osnabrück: Weizen 16,95, Roggen 14,75, Gerste 13,75, Hafer 14,85.

Münster, 4. April. Viehmarkt. Der heute hier abgehaltene Viehmarkt war recht gut besucht, u. herrschte ein reger Verkehr. Der Preis für bessere Arbeitspferde stellte sich auf 700—800 Mk., 2. Qual. kostete 375—500 Mk., 3. Qual. 200—225 Mk. Ausrangierte, zum Schlachten geeigneten Pferden war große Nachfrage und kosteten durchschnittlich 75—100 Mk. Milchgebende Kühe kosteten 1. Qual. 340—400, 2. Qual. 215—235 Mk., 3. Qual. 140—175 Mk. Tragende Rinder kosteten 1. Qual. 215 bis 220 Mk., 2. Qual. 140—160 Mk. Fette Kühe kosteten 100 Pfd. Schlachtgewicht 1. Qual. 60—63, 2. Qual. 56—58. Bullen kosteten 100 Pfund Lebendgewicht 1. Qual. 30—35, 2. Qual. 25—28, 3. Qual. 18—20 Mark. Kälber wurden per 100 Pfund Lebendgewicht 1. Qual. mit 40—42, 2. Qual. mit 35—37 Mk. bezahlt. Fette Schweine kosteten 100 Pfd. Lebendgewicht 1. Qual. 45—48 Mk., 2. Qual. 36—38 Mark. Tragende Schweine kosteten 75—120 Mk. Faselschweine ½jährige 45—52 Mk., do. ¾jähr. 28—30 Mk., 4—5 Wochen-Ferkel 13,50—16 Mk., 6—8 Wochen alte Ferkel 18—24 Mk. — Es waren im ganzen angetrieben 312 Pferde, 182 Stück Hornvieh, 6 fette Schweine, 13 tragende Schweine, 82 Faselschweine und 1224 Ferkel. Der nächste Viehmarkt findet am Dienstag, dem 8. April, statt.

Paderborn, 4. April. Zum heutigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 120 Pferde, 229 Stück Rindvieh, 4 fette Schweine, 1300 Faselschweine, 2600 Ferkel. Es kosteten: gute Arbeitspferde 570 bis 900 Mk., gute Milchkühe 280—440 Mk., fette Schweine pro 50 Kil. Schlachtgewicht 58—60 Mk., Faselschweine von ¼—½ Jahr 30—48 Mark, Ferkel von 6 Wochen 18—21 Mk. Der Handel war namentlich auf dem Schweine- und Rindviehmarkte recht rege, sodaß der Markt zeitig geräumt war.

Neuß, 4. April. Rüböl per 100 Kilo in Partieen von 100 Ztr. (ohne Faß) 50,00, Rüböl per 100 Kilo faßweise (ohne Faß) 51,50 Mk. Gereinigtes Oel per 100 Kil. 3 Mk. höher als Rüböl. Rübökuchen per 1000 Kil. 107, in kleineren Partieen 111 Mk. Raps I. 20,25 Mk., II. 19,25 Mk.

Produktenbörse. Weizen I. 18,00, do. II. 17,50, Roggen I. 14,60, II. 14,10, Hafer 14,20 Mk., alles die 100 Kil. Kleie 5,80 per 50 Kilogr.

☐ **Friedrichsfelde,** 5. April. (Amtl. Marktbericht). Schweine und Ferkelmarkt. Auftrieb: 5040 Schweine, 943 Ferkel. Verlauf des Marktes: Lebhaftes Geschäft. Es wurde gezahlt im Engroshandel für Läuferschweine, 3—5 Mon. alt, Stück 32 bis 42 Mk., 6 bis 7 Mon. alte 43—59 Mark, Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, Stück 16—24 Mk., unter 8 Wochen alte, Stück 12—16 Mk.

Dinslaken, 4. April. Zum Zuchtviehmarkt am 3. April waren 1210 Stück Rindvieh aufgetrieben. Die Preise stellten sich wie folgt: Kühe Ia. 450—520 Mk., IIa. 380—440 Mk., IIIa. 260—350 Mk., tragende Rinder 210—280 Mk., Stiere 140—255 Mk. Geschäft in Kühen ziemlich flott, in Stieren langsam, Markt geräumt. — Der Schweinemarkt am 4. April war mit 401 Stück beschickt. Bei flottem Handel wurden folgende Preise erzielt: Faselschweine 2,00—3,00 Mk. und Saugschweine 3,00—4,00 Mk. die Alterswoche, fette Schweine 47—49 M. für den Zentner Lebendgewicht.